

Protokoll der 9. Sitzung**Dienstag, 10. Dezember 2019, 19.00 - 22.20 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Silvan Kaufmann, Präsident

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin Stv.

StimmzählerUeli Frey
Doris KleiberPräsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend, das absolute mehr liegt bei 20.

Entschuldigt ist Raphael Donati.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Esther Wahl anstelle der zurückgetretenen Rebecca Wetter
2. Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit Suhr-Buchs-Gränichen
3. Ersatzbeschaffung Mehrzweckfahrzeug (MZF) der Feuerwehr. Kreditbegehren
4. Gemeindegrenzregulierung Aarau-Buchs, Industriestrasse
5. Postulat Jasmin Maron, SVP: Einführung Easyvote. Umsetzungsvariante
6. Postulat Tobias Studiger, FDP: Renaturierung Suhre. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren
7. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten für die Amtsdauer 2020/2021
8. Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten für die Amtsdauer 2020/2021
9. Wahl von 2 Stimmzählerinnen/Stimmzählern für die Amtsdauer 2020/2021
10. Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurückgetretenen Reto Fischer
11. Postulat von Thomas Meier, SP, betreffend Standortbestimmung in Bezug auf eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
12. Postulat von Werner Schenker, Grüne, zu einer auf Fakten basierenden Aufgaben- und Finanzplanung (wurde als Motion eingereicht und nachträglich in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat abgelehnt)
13. Postulat von Werner Schenker, Grüne, betreffend Bäume für Buchs im öffentlichen Raum (wurde als Motion eingereicht und nachträglich in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
14. Eingänge
15. Verschiedenes
16. Schlusswort des Präsidenten

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Inpflichtnahme von Esther Wahl anstelle der zurückgetretenen Rebecca Wetter

Esther Wahl wird anstelle des zurückgetretenen Mitglieds Rebecca Wetter vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit Suhr-Buchs-Gränichen

(Botschaft des Gemeinderats vom 15. Oktober 2019)

Herr Reto Fischer, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Es gibt aktuell 14 Regionalpolizeien (Repol) im Kanton Aargau, diese erfüllen die kommunalen Aufgaben in Sachen Sicherheit. Alles andere übernimmt selbstverständlich die Kantonspolizei (Kapo). Die Kapo ist dementsprechend allen Regionalpolizeien übergeordnet. Seit 2007 besteht eine Zusammenarbeit zwischen Buchs, Hunzenschwil, Rapperswil, Suhr und Gränichen, welche bei diesem Verbund dabei sind. In der Zwischenzeit hat man sich in Hunzenschwil und Rapperswil dazu entschieden, den Vertrag aufzulösen. Dies ist beschlossene Sache und wird passieren. Diese zwei Gemeinden werden Lenzburg beitreten. Das ergibt für uns in Buchs eine neue Ausgangslage. Es kann nicht mehr so weitergehen, wie es seit 2007 war. Entsprechend hat man sich zusammengesetzt und hat dazu nach Lösungen gesucht. Bei der letzten Bevölkerungsbefragung in Buchs hat man gemerkt, dass die öffentliche Sicherheit eines der grossen Themen in der Gemeinde ist. Es handelt sich um ein Bedürfnis der Bevölkerung, sie wollen abends auf die Strasse gehen können, sie wollen sich sicher fühlen und sie wollen, dass es ihnen gut geht. Entsprechend ist der Gemeinderat darauf eingegangen und hat die Wichtigkeit der Polizeiarbeit in der Gemeinde als hoch bezeichnet. Natürlich sind daraus Fragen von der FGPK resultiert. Wie geht es weiter, wenn wir zwei Gemeinden weniger sind? Wie wird das finanziert? Die Antwort ist einfach: Man wird künftig die Rechnung entsprechend den Einwohnerzahlen der Gemeinde durch drei teilen. Genau so funktioniert die Aufteilung im Regionalen Betriebsamt und diese Rechnungslegung hat sich seit einigen Jahren bewährt. So gesehen herrschen bereits Erfahrungswerte in diesem Vorgehen. In der Vergangenheit und über die Jahre ist zwischen den Gemeinden nicht immer alles nur rund gelaufen. Die Kompetenzen waren nicht immer klar verteilt und Absenzen oder Fluktuationen haben immer wieder für Unruhe bzw. für Diskussionen gesorgt. Hier will man in einem kleineren Verbund dafür sorgen, dass dies nicht mehr der Fall sein wird. Buchs hat aktuell drei Möglichkeiten:

- Variante 1: Man führt die Repol weiter wie bisher - ohne die zwei Gemeinden Hunzenschwil und Rapperswil,
- Variante 2: Die drei verbliebenen Gemeinden stellen die Regionalpolizei neu auf, gehen über die Bücher und entscheiden, was falsch gemacht wurde und was verbessert werden kann, oder
- Variante 3: Die Leistungen werden bei der Stadtpolizei (Stapo) Aarau eingekauft.

Der Gemeinderat hat sich Gedanken gemacht, hat Gespräche geführt und hat entsprechend auch Offerten eingeholt. Unter anderem wurden solche Offerten bei der Stadt Aarau eingeholt. Diese ergab vergleichbare Preise wie bisher. Finanziell könnte man also weiterfahren wie bisher. Buchs könnte die Leistungen also einkaufen, könnte aber zukünftig nicht mehr mitreden, weil Aarau die federführende Polizei und wir die Einkäuferin wären. Die Schwerpunkte der Stadtpolizei Aarau sind selbstverständlich anders verteilt als bei uns in Buchs. Wir kennen alle die Aarauer Hotspots, welche es zu bedienen gilt. Dementsprechend ist die Stapo sehr beschäftigt und kann nicht immer bei einer Lärmbelästigung an einem Samstagabend in Buchs für Ruhe sorgen. Eine Zusammenarbeit mit Aarau wäre also eine Verschlechterung der aktuellen Situation: wir hätten die jetzigen Dienstleistungen nicht mehr in der Gemeinde.

Der Vorteil einer Weiterführung der drei Gemeinden, wäre - meiner persönlichen Ansicht nach -, dass die jetzigen Angestellten übernommen werden würden und, dass es für drei Jahre eine Besitzstandsgarantie gäbe - sprich sie hätten ihren Job auf sicher. Bei der neuen Repol ist nur noch ein zentraler Posten

geplant, welcher in Suhr wäre. Die Patrouille und die Pikett-Zeiten können Sie aus den Unterlagen entnehmen. Vorgesehen sind total 12 Stellen. Die Kosten können der Botschaft entnommen werden. Ein wichtiger Punkt: Die Regionalpolizei Suret kann nur weiterbestehen, wenn alle drei Gemeinden mitmachen. Gränichen und Suhr haben das Projekt bereits angenommen. Somit warten die beiden Gemeinden gespannt auf den Entscheid von uns in Buchs. In der FGPK haben wir uns am längsten mit den Fragen "Wer wird das Steuerungsgremium (wer kann dreinreden? Wer kann bestimmen, welche Dinge gebraucht werden und welche Bedürfnisse wir haben)?", "Wer kann der Polizei Aufträge geben?", "Wieviel hat der Polizeivorsteher von Buchs, Gemeindeammann Urs Affolter, künftig zu sagen?" befasst. Der Gemeinderat hat keinerlei Bedenken und sieht den Vertrag als klare Verbesserung. Hilfreiche Details für die künftige Zusammenarbeit werden im "Polizeireglement 2020 der Gemeinden Buchs, Suhr und Gränichen für die Regionalpolizei Suret" ersichtlich.

Der Artikel 8 hat in der FGPK auch für Gesprächsstoff gesorgt. Dieser ist so zu verstehen, dass wenn eine Partei aussteigen sollte, es wenig Sinn macht für die verbliebenen Gemeinden, die Repol weiterzuführen. Man geht also davon aus, zu dritt zu sein. Sollte das irgendwann nicht mehr der Fall sein, müsste man über die Bücher. Der Beschluss der FGPK war nach Diskussionen und sehr interessanten Gesprächen eindeutig.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), den Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit der Gemeinden Buchs, Suhr und Gränichen als Regionalpolizei Suret zu genehmigen.

Diskussion

Herr Dieter Stüssi: Ich war oft mit der Polizei in Verbindung. Einerseits als Sünder, bei Verkehrsdelikten, und andererseits für sonstige Tätigkeiten. Es ist wichtig, dass der Polizist mit unserem Dorf verbunden ist. Das konnte klar bei der Kantonspolizei festgestellt werden: Beim Versuch der Dezentralisierung nahm die Qualität ab. Gerade im Bereich Aarau kannte der Polizist früher jeden Taxi-Chauffeur, man war morgens in der Wirtschaft, man hat gehört was läuft und das hat bei den Ermittlungen, bei den Fahndungen und überhaupt bei der Arbeit sehr geholfen. Somit lautet meine erste Frage: Wie weit ist sichergestellt, dass auch Leute aus Buchs als Polizisten angestellt werden? Ich lese nur, dass sie von Suhr angestellt werden. Haben wir ein Mitspracherecht? Sollte das nicht der Fall sein, verlange ich eine vertragliche Abmachung, dass Buchs bei der Polizistenauswahl mitsprechen kann. Die zweite Frage lautet folgendermassen: Wir verfügen über ein Reglement, in welchem die vorzeitige Pension, sowie Übergangsrente geregelt ist. Suhr und Gränichen haben kein solches Reglement. Nehmen die Angestellten der Gemeinde Buchs das Recht auf die Übergangsrente mit oder verlieren sie dieses?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Grundsätzlich ist es so, dass die Gemeinde Suhr Anstellungsbehörde ist. Es gibt aber das Steuerungsgremium, welches aus den drei Gemeindeammännern besteht. In diesem Rahmen kann also ein gewisser Einfluss wahrgenommen werden. Heutzutage stellt sich aber eher die Frage, ob ein guter Polizist oder eine gute Polizistin zu finden ist. Es ist weniger die Frage, ob er oder sie aus Buchs kommt. Wir haben momentan zufälligerweise die Situation, dass Rolf Frei von Buchs ist. Zukünftig wird er natürlich auch bei der Repol dabei sein. Die beiden anderen Mitarbeitenden sind nicht aus Buchs. Im Vordergrund steht also, dass wir gute Polizisten haben. Die Besitzstandsregelung gilt für drei Jahre. Damit muss auch dieser Teil mit der Übergangsrente darin enthalten sein. Nach drei Jahren ist aber fertig.

Herr Reto Bianchi: Ich möchte dort anschliessen. Kann es sein, dass es zu einer Degradierung einer Person kommt, wenn der Besitzstand nach 3 Jahren abläuft, weil man nur noch einen Chef und einen Stellvertreter hat? Ich frage mich, ob man sich das auch überlegt hat.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Selbstverständlich hat man sich das überlegt. Thomas Zbinden ist der Chef der Polizei und es gibt keinen zweiten Chef. Das ist heute schon so. Deshalb sind keine Degradierungen zu befürchten.

Frau Doris Kleiber: Was ist mit dem Material, wenn der Zukunftsraum kommt? Das vorhandene Material wird nun in einem Topf vereint. Was passiert mit diesem Material, wenn es eine Auflösung oder Änderung gibt? Wird das aufgeteilt?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Alle Polizisten nehmen mit, was sie aktuell haben - ihre Kleidung und ihre Dienstwaffen. Das Polizeiauto hingegen, welches wir gekauft haben und demnächst ausgeliefert wird, verkaufen wir der neuen Repol, die es anschliessend auch abschreiben muss. Wir geben also keine weiteren Vermögenswerte an die Repol weiter.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Antrag

Der Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit der Gemeinden Buchs, Suhr und Gränichen als Regionalpolizei Suret sei zu genehmigen. Vorbehalten bleibt die Zustimmung durch die Einwohnergemeindeversammlungen Gränichen und Suhr.

Abstimmung

Der Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit der Gemeinden Buchs, Suhr und Gränichen als Regionalpolizei Suret wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen genehmigt.

Ersatzbeschaffung Mehrzweckfahrzeug (MZF) der Feuerwehr. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. Oktober 2019)

Frau Christine Knüsel, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Es handelt sich bei diesem Antrag um den Ersatz des Zug- und Personentransportfahrzeug "Puch" mit dem Jahrgang 1995. Die Gründe für den Ersatz: Das Fahrzeug ist mittlerweile seit 24 Jahren im Einsatz. Die Amortisationszeit der Feuerwehrausrüstung beträgt gemäss Richtlinien der Aargauischen Gebäudeversicherung 20 Jahre. Des Weiteren sind die Sicherheitseinrichtungen ungenügend. Das Fahrzeug verfügt über keine Airbags und keinem ABS. In der Vergangenheit waren bereits viele Reparaturen notwendig. Die Beschaffungskommission der Feuerwehr hat ein Pflichtenheft zur Ausschreibung des neuen Mehrzweckfahrzeugs erstellt. Unter Anderem hatten wir in diesem folgende Anforderungen:

- 132 kW Motorleistung für den Transport von max. 6 Personen und Material von max. 600 kg, zuzüglich Anhängerlast von max. einer Tonne.
- Ausserdem muss der Radstand 3.25 Meter betragen.

Es wurde eine Submission im Einladungsverfahren gemacht. Man hat wie damals bei der Anschaffung des letzten Fahrzeugs sechs Lieferanten zur Erstellung einer Offerte eingeladen. Auf diese Ausschreibungen sind anschliessend zwei Offerten, und zwar von

- der Tony Brändle AG in Wängi über Fr. 90'658.-- und
- der Feumotech AG in Recherswil über Fr. 98'976.30, eingegangen.

Beide Lieferanten haben ein Fahrzeug von der Marke Mercedes offeriert, mit einer Motorleistung von 118 kW. Das aus dem Grund, weil Fahrzeuge nicht mehr mit den von uns geforderten Voraussetzungen produziert werden. Aufgrund der Punktezahl ging der Zuschlag an die Tony Brändle AG. Sie hat 93.5 Punkte von max. 100 erreicht. Im Vergleich zum Fahrzeug, welches im Oktober 2017 zur Beschaffung beschlossen wurde, weist dieses 6 Passagierplätze auf. Der grosse Unterschied zum neuen Fahrzeug ist, dass dieses über Rolltore am Kofferraum verfügt, während das neue über Flügeltüren verfügen wird. Das neue Fahrzeug wird auch 44 cm länger sein. Gemäss der Einteilung der Buchser Feuerwehr in dieser Grössenklasse, darf ein Fahrzeug max. Fr. 100'000.-- kosten. Die Aargauische Gebäudeversicherung übernimmt 30 % an Subventionen. Die Subventionszusage liegt per Mail vor. In unserem Finanzplan ist ein Betrag von netto Fr. 88'000.-- bereits vorgesehen. Die Kostenzusammenstellung präsentiert sich folgendermassen:

Offerte der Tony Brändli AG	Fr. 90'658.00
Mehrkosten für den stärkeren Motor und die längere Fahrzeugversion	Fr. <u>3'285.95</u>
Bruttobetrag	Fr. 93'943.95
Abzüglich Subventionsbeiträge	Fr. <u>28'183.20</u>
Nettoanschaffungswert	Fr. <u>65'760.75</u>

Die Buchser Feuerwehr leistet viel und gute Arbeit. Wenn es euch interessiert, könnt ihr euch auf der Homepage der Buchser Feuerwehr über die Arbeit und Einsätze informieren. Voraussetzung für die gute Arbeit sind geeignete Fahrzeuge und Geräte. Aus diesem Grund ist der Ersatz des "Puchs" zwingend notwendig. Dies haben wir in der FGPK so eingesehen und haben dem Antrag aus dem Grund einstimmig zugestimmt. Der Betrag ist absolut im Rahmen für eine notwendige Anschaffung.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), für die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeugs sei ein Kredit von brutto Fr. 93'943.95, abzüglich Subventionsbeiträge der Aargauischen Gebäudeversicherung, zu bewilligen.

Diskussion

Herr Joel Blunier: Die EVP und ich stimmen dieser Vorlage zu. Trotzdem habe ich noch ein paar Anmerkungen zur Vergabepraxis. Jedes Mal, wenn wir über die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs sprechen, stösst mir diese auf. Die Fragen sollen dazu anregen über diese Praxis nachzudenken. Es gibt eine Vorgabe, dass ein Feuerwehrauto dieser Grösse Fr. 100'000.-- kosten darf. Zufälligerweise erhalten wir zwei Offerten, die fast Fr. 100'000.-- kosten. Was für ein Zufall, dass die Offerten dieser Anbieter genau in unseren Rahmen passen. Woran kann das liegen? Meine zweite Frage ist folgendermassen: Zwei von den sieben angefragten Anbietern haben eine Offerte eingereicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle anderen Anbieter kein solches Fahrzeug im Angebot haben - eine solch komplizierte Angelegenheit ist es nämlich nicht. Auch hier frage ich mich wieso und ob sie sich gegenseitig abgesprochen haben. Das dritte ist: Schlussendlich haben wir Tony Brändli, welcher meist gewinnt, gegenüber Feumotech, mit einem ziemlichen Abstand. Ich habe mich informiert und Feumotech ist kein unbedeutender Anbieter, sondern ein Viertel aller Feuerwehrautos in der Schweiz kommen von Feumotech. Somit ist dieser auf dem Markt ein wichtiger Anbieter. Ich habe zwar keine Einsicht in die Punktevergabe aber ich frage mich doch, warum am Schluss immer Tony Brändli gewinnt.

Herr Fabio Toma: Ich war viele Jahre in der Feuerwehr. Ich komme auch aus dem Autogewerbe. Die Fragen sind sicher berechtigt. Grundsätzlich ist es so: ich als Feuerwehrmann muss morgens um halb drei in ein Auto einsteigen und als erstes überlegen, wie ich dieses anlasse. Wenn die ganze Fahrzeug-Palette gleich ist, muss ich nicht gross überlegen, sondern kann einfach losfahren. Reto, der auch viele Jahre in der Feuerwehr tätig war, kann dies sicherlich bestätigen. Warum immer Brändli? Irgendwann ergibt sich so was. Wenn man mit einem Anbieter zufrieden ist, und er die Anforderungen stets erfüllt, bezahlt man ihn gerne.

Herr Patrick Feusi: Ich habe durchaus Verständnis für diese Argumente. Ich sehe es genau gleich. Es macht Sinn, sich aus den genannten Gründen ein solches Fahrzeug anzuschaffen. Ich frage mich daher eher, ob das Ausschreibeverfahren geändert werden sollte. Sodass man beispielsweise einen Rahmenvertrag auf 10 Jahre mit einem Hersteller abschliesst, und so gewährleisten kann, immer denselben Hersteller und gleiche Ausrüstung zu bestmöglichen Konditionen zu haben. Es macht auf mich den Eindruck eines Scheinwettbewerbs. Daher könnten wir geradesogut ehrlich sein und einen anderen Ausschreibeweg gehen.

Herr Fabio Toma: Man hat das vor vielen Jahren versucht. Im Aargau geht das nicht. Zürich bringt es zwar fertig, der Aargau aber nicht. Im Aargau existiert leider in den Gemeinden eine "Vetterliwirtschaft".

Herr Reto Bianchi: Dieses Fahrzeug gibt es bereits mit Elektromotoren. Ich will mich hiermit stark machen, beim Entscheid für ein nächstes Fahrzeug, ein Fahrzeug mit Elektromotor in Betracht zu ziehen. Auch bei Lastfahrzeugen haben sich solche Fahrzeuge bewährt. Ich bin klar für die Beschaffung, möchte aber klarstellen, dass ein Elektromotor in einem solchen Fahrzeug eine Möglichkeit wäre.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Für die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeugs sei ein Kredit von brutto Fr. 93'943.95, abzüglich Subventionsbeiträge der Aargauischen Gebäudeversicherung, zu bewilligen.

Abstimmung

Für die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeugs wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen ein Kredit von brutto Fr. 93'943.95, abzüglich Subventionsbeiträge der Aargauischen Gebäudeversicherung bewilligt.

Gemeindegrenzregulierung Aarau-Buchs, Industriestrasse

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. Oktober 2019)

Herr Thomas Meier, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Der Verlauf der Gemeindegrenze führte früher entlang der Unteren Torfeldstrasse bis hin zur Industriestrasse. Dies entlang des Einmündungstrichters. In der Zwischenzeit ist die Industriestrasse ausgebaut worden, sie ist nun breiter und der Einmündungstrichter der Unteren Torfeldstrasse wurde verbreitert. Die Parzellengrenzen verlaufen entlang des Einmündungsbereichs der Unteren Torfeldstrasse in die Industriestrasse entlang des Trottoirs. Im Vergleich zu 2014 herrschen Unterschiede im Einmündungsbereich der Parzellengrenzen von der Unteren Torfeldstrasse in die Industriestrasse zur Gemeindegrenze. Die Gemeindegrenze verlief entlang der Strasse. Gemäss der kantonalen Geoinformationsverordnung sollen Gemeindegrenzen bei einer Verlegung in der Regel auf Grundstücksgrenzen gelegt werden. Um dies herbeizuführen, wurde uns eine gegenseitige Abtretung einer Fläche von 145 m² vorgeschlagen. Auf dem Regulierungsplan sind der alte und der neue, vorgeschlagene Gemeindegrenzverlauf ersichtlich. Eine Diskussion in der FGPK gab es nicht.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), die Gemeindegrenzregulierung zwischen Aarau und Buchs, im Bereich der Industriestrasse mit einer flächengleichen Abtretung von je 145 m² sei zu genehmigen und der Gemeinderat sei zur Unterzeichnung des Regulierungsplans zu ermächtigen.

Diskussion

Herr Reto Bianchi: Hat das einen Einfluss auf die BNO der Stadt Aarau (wegen den Hochhäusern)?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Nein, das hat gar keinen Zusammenhang.

Herr Patrick Feusi: Wir sprechen hier von 145 m² die wir hier abtauschen. Daraus resultiert eine schön geometrische Grenzverlegung. Da fragen sich unsere Nachfahren bestimmt, wie wir das geschafft haben. Ist es wirklich nötig, diese 145 m² abzutauschen oder könnten wir nicht einfach eine neue Grenze legen und diese 145 m² den Aarauern abtreten, ohne dass wir einen solch hässlichen Grenzverlauf konstruieren.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Das steht nicht zur Diskussion, wir geben nicht einfach so Land ab.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Antrag

1. Die Gemeindegrenzregulierung zwischen Aarau und Buchs, im Bereich der Industriestrasse mit einer flächengleichen Abtretung von je 145 m² sei zu genehmigen.
2. Der Gemeinderat sei zur Unterzeichnung des Regulierungsplans zu ermächtigen.

Abstimmung

Die Gemeindegrenzregulierung zwischen Aarau und Buchs, im Bereich der Industriestrasse mit einer flächengleichen Abtretung von je 145 m² sowie die Ermächtigung des Gemeinderats zur Unterzeichnung des Regulierungsplans werden in Einzelabstimmung einstimmig mit je 39 : 0 Stimmen bewilligt.

Postulat Jasmin Maron, SVP: Einführung Easyvote. Umsetzungsvariante

(Botschaft des Gemeinderats vom 15. Oktober 2019)

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Easyvote ist eine Broschüre, welche vereinfacht und verkürzt den Inhalt von Wahl- und Abstimmungsvorlagen darstellt. Es ist einfacheres Lesen, ein einfacheres Herangehen an die Inhalte, über welche abgestimmt wird. Auch auf der Website easyvote.ch sind gewisse Sachen, wie die morgigen Bundesratswahlen, aufgeschaltet. Es wird relativ einfach und schnell erklärt worum es geht. Wir von der FGPK haben uns vor allem wegen 2 Punkten für Easyvote ausgesprochen. Zum einen wegen einer Statistik von Easyvote, welche zeigt, dass in den Gemeinden, in welchen Easyvote verschickt wurde, die Stimmbeteiligung der unter 30-jährigen massiv angestiegen ist. Luzern sticht besonders hervor, die Stimmbeteiligung der unter 30-jährigen ist um rund 16 % gestiegen. Zum andern hat uns die Umsetzungsvariante des Gemeinderats überzeugt. Alle 18 bis 25-jährigen Stimmbürger werden mit einem Infoschreiben durch den Gemeinderat angeschrieben. Sie können sich danach bei der Gemeindekanzlei melden, damit sie 2 Jahre lang gratis die Easyvote-Broschüre bekommen. In den weiteren Jahren werden alle Jungbürger/innen angeschrieben. Die Kosten für die Gemeinde betragen Fr. 6.90 pro Person und Jahr. Wenn sich alle melden würden, gäbe das ein Maximalbetrag von Fr. 3'195.45. Wir gehen jedoch davon aus, dass nicht alle sich melden. An den Wahlen vom 24. November 2019 haben sich 39.8 % der Buchser Stimmbürger beteiligt. Wenn wir das übertragen auf die 430 Jugendlichen, ergäbe das Kosten von Fr. 1'271.80. Dazu kommen noch die administrativen Aufwände.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), der Gemeinderat sei zu beauftragen, alle jugendlichen Stimmbürger/innen zwischen 18 und 25 Jahren anzuschreiben, sie auf die Möglichkeiten von [votefno](http://votefno.ch) und Easyvote hinzuweisen und ihnen die Easyvote-Broschüre für 2 Jahre auf Wunsch gratis anzubieten. Jedes Jahr soll dieser Vorgang für die Jungbürger/innen wiederholt werden. Die Kosten für die Abos übernimmt die Gemeinde.

Diskussion

Herr Joel Blunier: Als Politikwissenschaftler sollte mir die politische Beteiligung der Bevölkerung ein grosses Anliegen sein. Ist es auch, nach wie vor. Ich finde die Easyvote Idee grundsätzlich gut. Aber ich frage mich, ob der Betrag, welchen wir hier diskutieren in diesen Rat gehört. Ich denke das steht in der Kompetenz des Gemeinderats zu entscheiden, ob er die Broschüre zur Erhöhung der Stimmbeteiligung verschicken will oder nicht. Wenn ich nun die Lösung anschau, ist diese in Ordnung. Aber den 18 bis 25-jährigen ein Schreiben zu machen, sie sollen sich bitte melden um 2 Jahre eine gratis Broschüre zu erhalten. Ich weiss nicht ob diese Jungen wahnsinnig erpicht sind auf diese Lösung. Ich erwarte eine tiefere Rücklaufquote als diese 40 %. Es werden sicher ein paar Leute bestellen, für mich ist das nicht nötig.

Herr Marius Fedeli: Ich gehöre knapp noch zu diesen jugendlichen Stimmbürgern. Ich kann stützen was Joel sagt. In meiner Generation läuft mehr online und auf dem Handy ab als schriftlich. Ich finde es eine gute Sache dies zu beantragen, aber ich hoffe dass der Gemeinderat realistisch ist und die Sache wieder einstellt, wenn sie nicht funktioniert.

Herr Samuel Hasler: Ich möchte auch auf die Art eingehen, wie die Jugendlichen zu der Broschüre kommen. Innerhalb der FGPK haben wir auch diskutiert, ob es nicht eine digitale Variante zur Bestellung gäbe. Zusätzlich kann ich aus Erfahrung beim Jugendparlament Kanton Aargau sagen, bei den 18 bis 25-jährigen sind die digitalen Medien klar am Kommen aber das Problem ist, die Abstimmungsunterlagen haben auch die Jungen gerne in Papierform. Dies zeigt sich auch bei E-Voting. Es gibt momentan ein Moratorium bei welchem man via Volksabstimmung die Einführung von E-Voting verhindern will. Das Komitee besteht hauptsächlich aus den Jungparteien und Jugendlichen. Ich sehe ganz klar das Interesse der Jungen, Wahl- und Abstimmungsunterlagen in Papierform zu bekommen. Und zwar nicht nur die Stimmzettel sondern auch die Informationen. Daher sehe ich ganz klar die Chance, dass die Einführung von Easyvote der Stimmbeteiligung der Jugendlichen helfen wird und ich würde die Zustimmung sehr befürworten.

Frau Barbara Fäh: Wir von den Grünen finden es eine gute Sache. Wir sehen aber auch eine Einstiegsbarriere indem eine Hohlschuld des Bürgers besteht. Warum schickt man nicht allen 18 bis 25-jährigen im ersten Jahr die Broschüre inklusive Brief, so hätten alle einen Einblick. Klar es kostet dann etwas mehr, aber es ist in einem Bereich von rund Fr. 3'100.--, was wir gerne für die politische Zukunft der Gemeinde Buchs investieren.

Antrag Barbara Fäh

Allen jugendlichen Stimmbürger/innen zwischen 18 und 25 Jahren sei die Easyvote-Broschüre für 2 Jahre gratis zuzustellen. Jedes Jahr soll dieser Vorgang für die Jungbürger/innen wiederholt werden.

Herr Reto Fischer: In der FGPK hatten wir diese Diskussion auch. Auch ich war anfangs der Meinung, dass die Jungen das nicht machen. Aber der Aufwand für die Gemeinde ist nicht sehr gross. Das Verschicken, welches Barbara nun angesprochen hat, haben wir auch diskutiert. Aber es ist ein Verschicken in die Luft hinaus. Wer sich dafür interessiert, bemüht sich auch aktiv um Informationen. Deshalb haben wir uns auch darauf geeinigt, dass wir es so versuchen sollten. Es geht um einen überschaubaren Betrag, wir können es versuchen ohne dass wir bei einem Misserfolg verarmen. Ein Versuch schadet sicher nicht.

Herr Marius Fedeli: Lieber Reto, ich sehe was du sagst, für mich macht es aber vor allem Sinn, wenn diejenigen wählen gehen, welche es bis jetzt nicht gemacht haben. Wenn ich nun die Möglichkeit bekomme, diese Unterlagen zu bestellen, nehme ich gerne an. Ich habe mich aber auch bisher interessiert und habe abgestimmt. Diesen 38 % die bis jetzt abgestimmt haben geht es sicher ähnlich. Sie brauchen nicht mehr Informationen deswegen. Deshalb wäre ich dafür, dass man es versucht und schaut wie der Rücklauf ist, bei denen, die bisher nicht an die Urne gingen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe eine kleine Rückmeldung an Joel Blunier. Wir nehmen selbstverständlich zu parlamentarischen Vorstössen Stellung. Wir haben im Rahmen der FGPK-Diskussion entgegengenommen, dass wir prüfen werden, ob eine Rückmeldung via QR-Code möglich ist.

Herr Reto Fischer: Kennen wir die Kosten von Barbara Fäh's Antrag?

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Es wären Kosten von Fr. 3'195.45 (Maximalkosten gemäss Antrag Gemeinderat).

Herr Andreas Burgherr: Ich meine mich erinnern zu können, dass wir dies in der FGPK auch diskutiert haben. Es gibt glaube ich ein Datenschutzproblem. Die Adressen müssen an Easyvote und Easyvote

verschickt. Deshalb braucht es die Rückmeldung, wer es will. Wenn dem so ist, könnten wir das so nicht ausführen.

Herr Markus Notter: Ich finde, nebst dem Aspekt von Andreas Burgherr, dass wir bei einem generellen Versand wissen, dass 60 % der Unterlagen im Papierkorb landen. Das finde ich etwas verrückt.

Frau Barbara Fäh: Ich frage mich, wieviel unsere Unterlagen direkt in den Abfalleimer werfen. Bei mir geht ein grosser Teil direkt in den Eimer. Ich bekomme ihn trotzdem, obwohl ich ihn nicht brauche. Nicht aus Desinteresse aber weil ich es nicht brauche.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Ich möchte auf die Frage des Datenschutz zurückkommen. Wir haben jedoch keine klare Antwort und können das so nicht beantworten.

Abstimmung

Gegenüberstellung des Antrags von Barbara Fäh

Allen jugendlichen Stimmbürger/innen zwischen 18 und 25 Jahren sei die Easyvote-Broschüre für 2 Jahre gratis zuzustellen. Jedes Jahr soll dieser Vorgang für die Jungbürger/innen wiederholt werden.

und des Antrags des Gemeinderats

Der Gemeinderat sei zu beauftragen, alle jugendlichen Stimmbürger/innen zwischen 18 und 25 Jahren anzuschreiben, sie auf die Möglichkeiten von votelInfo und Easyvote hinzuweisen und ihnen die Easyvote-Broschüre für 2 Jahre auf Wunsch gratis anzubieten. Jedes Jahr soll dieser Vorgang für die Jungbürger/innen wiederholt werden. Die Kosten für die Abos übernimmt die Gemeinde.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 27 : 10 Stimmen (bei 2 Enthaltungen).

Antrag

Der Gemeinderat sei zu beauftragen, alle jugendlichen Stimmbürger/innen zwischen 18 und 25 Jahren anzuschreiben, sie auf die Möglichkeiten von votelInfo und Easyvote hinzuweisen und ihnen die Easyvote-Broschüre für 2 Jahre auf Wunsch gratis anzubieten. Jedes Jahr soll dieser Vorgang für die Jungbürger/innen wiederholt werden. Die Kosten für die Abos übernimmt die Gemeinde.

Schlussabstimmung

Dem Antrag wird mit 37 : 0 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt.

Postulat Tobias Studiger, FDP: Renaturierung Suhre. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 15. Oktober 2019)

Herr Beat Spiess, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Das Postulat von Tobias Studiger, Silvan Kaufmann und Martin Gysi wurde am 18. Oktober 2018 vom Einwohnerrat überwiesen. Die Postulanten sind alles Mitglieder der gemeinderätlichen Umwelt- und Heimatschutzkommission (UHK). Gut ein Jahr nach der Einreichung nimmt der Gemeinderat mit Bericht und Kreditbegehren Stellung dazu. Ich möchte dieses Geschäft in 5 Punkten vorstellen.

Das Postulat verlangt

- eine rasche Aufwertung der Suhre
- dass die Gemeinde dem Kanton signalisiert, bereit zu sein anteilmässig Kosten zu übernehmen.
- und schliesslich, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat - beziehungsweise den Stimmbürgern - Kredite zur Planung und Realisierung beantragt.

Ausgangslage

- Die Eniwa musste das Projekt, das Energiepotential der Suhre von Suhr über Buchs und Aarau Rohr mit verschiedenen Kleinwasserkraftwerken zu nutzen aufgrund der wohl längerfristig tiefen Strompreise aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben. Gleichzeitig wäre die Suhre auch ökologisch aufgewertet worden, indem für die Fischdurchgängigkeit Umgehungsgewässer gebaut und auch weitere Massnahmen realisiert worden wären. Dies kommt jetzt alles nicht zustande. Darum das Postulat.
- Gemäss Kantonsverfassung gehören die Gewässer mitsamt ihren Ufern und Böschungen dem Kanton. Deshalb ist auch der Kanton zuständig, konkret das kantonale Departement Bau, Verkehr und Umwelt, die Abteilung Landschaft und Gewässer. Auch der Kanton hat reagiert und dieses Jahr, das Projekt "Längsnetzwerk Suhre" mit hoher Priorität gestartet. Ein Projekt zur Renaturierung der Suhre in Buchs könnte also gleichzeitig umgesetzt werden. Die Gemeinde müsste voraussichtlich "nur" 27 % selbst bezahlen.
- Auch zum in der Nutzungsplanung erstellten Freiraumkonzept passt das Postulat.

Probleme und Einschränkungen

Der Abwasserkanal östlich der Suhre wurde 2014/2015 saniert. Die Möglichkeiten zur Renaturierung der Suhre sind beschränkt. Der Abwasserkanal ist dicht östlich der Suhre. Des Weiteren gibt es bestehende Fahrwegrechte. Teilweise wurde dicht ans Ufer gebaut. Und die gleichzeitige Forderung nach öffentlichem Zugang und Renaturierung ist widersprüchlich.

Der Antrag verlangt, dass Grobabklärungen getroffen werden, damit das Potential der Renaturierung aufgezeigt werden kann und dass es eine Kostenschätzung gibt.

Auf der Karte sieht man, alle rot markierten Bereiche, welche nicht geeignet sind für die Renaturierung. Im nördlichen Bereich, zwischen dem Gemeindesaal und dem Schulhaus Suhrenmatte, gibt es Land, welches der Gemeinde gehört und wo renaturiert werden könnte. Allerdings müsste der Fahrweg versetzt werden.

Die Meinungen in der FGPK waren keineswegs gemacht. Die Diskussion verlief kontrovers. Hier exemplarisch ein paar Aussagen: "Es geht uns nichts an, der Kanton ist zuständig und es läuft."; "Die

Verhältnismässigkeit ist nicht gewahrt. Fr. 12'000.-- für eine Grobabklärung auszugeben ist zu viel."; "Es ist zu wenig spezifisch, man weiss nicht, was die Grobabklärung enthält."; "Es ist weder Fisch noch Vogel."; "Es gibt einen Widerspruch zwischen der Renaturierung und dem gewünschten Zugang für die Öffentlichkeit."; "Der Kopf sagt nein, aber das Herz wäre für Renaturierung."; "Der Vorschlag entspricht dem Raumentwicklungskonzept REK, in welchem auf die Bedeutung der Längsvernetzung der Suhre hingewiesen wird."; "Lasst uns ausloten was möglich ist."

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 4 Stimmen, für eine fachliche Grobabklärung sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 12'000.-- zu bewilligen und das Postulat von der Kontrolle abzuschreiben.

Diskussion

Herr Werner Schenker: Beim ersten Blick auf die Karte ist man konsterniert. Wie es auch im REK beschrieben wird, ist die Suhre unser grünes Rückgrat, welches um jeden Preis aufgewertet werden soll. Die Bilanz der Karte ist, dass es an 2 winzigen Flecken noch möglich ist. Ich bezweifle, dass dem so ist. Ich bin überzeugt, dass die Gebietswahl wie hier vorliegend noch nicht umfassend genug ist. Ich bin der Meinung, dass wenn wir die Fr. 12'000.-- investieren, dass wir auf jeden Fall wissen müssen, ob es wirklich die einzigen Flächen sind, welche noch renaturiert werden können.

Herr Martin Gysi: Ich war etwas ernüchtert von diesem Bericht. Ich muss gestehen, dass ich das erwartet habe. Grosse Renaturierungsmassnahmen sind auf Buchser Gemeindegebiet sehr schwierig zu realisieren. Die Topologie und das dichte Radwegnetz widersprechen dem etwas. Es ist für mich als Mitunterzeichner der Motion zwar seltsam aber ich lehne den Antrag ab, für mich macht es keinen Sinn nochmals Fr. 12'000.-- in vertiefte Abklärungen zu stecken. Ich glaube nicht, dass mehr dabei raus kommt. Sehr positiv finde ich jedoch, dass der Kanton das Thema Längsvernetzung aufgenommen hat. Und dies ist eigentlich der Kernpunkt der Motion. Dass endlich angestossen wird, dass die Fische entlang der ganzen Suhrelänge zirkulieren können, vielleicht mit Ausnahme der Stromschnelle bei der Suhremündung. Damit ist der wichtigste Teil der Motion umgesetzt und mein Schmerz hält sich in Grenzen.

Herr Fabio Toma: Ich bin nicht gegen die Renaturierung. Aber es ist zu bedenken, dass bis gestern der Bärenplatz das hart besprochene Pflaster war. Nun vergisst man dies plötzlich, weil wir konnten es ja verkaufen und es wurde davon gesprochen, dass dort unten Parkplätze gebraucht werden. Wenn wir diesen Teil renaturieren würden und in Zukunft den Platz brauchen würden, dann haben wir wieder ein Problem und diskutieren, wie wir das rückgängig machen können. Bitte studiert 2 Schritte weiter, was noch dazu kommen könnte. Und Familie Züger, bräuchte dann eine eigene Strasse von oben von der Neumattstrasse her. Weiter unten und weiter oben hat es sehr viel Platz, Potential ist vorhanden. Von mir aus gesehen ist dieser jedoch ein schlechter Punkt.

Herr Wolfgang Schibler: Wir haben nun 2 Voten der Ernüchterung gehört. In der Botschaft des Gemeinderats kann man in einigen Punkten negative Formulierungen finden. In Punkt 3.5 Finanzierung, Konjunktiv. Ein Konjunktiv zeigt nicht an, dass etwas möglich ist. Wenn man dies anschaut "soweit für ein Renaturierungsprojekt zusätzlich ein Ökofondsgesuch eingereicht würde, könnte der verbleibende Gemeindebetrag eventuell weiter reduziert werden. Konkret können aber aktuell weder die Gesamtkosten noch die der Gemeinde verbleibenden Kosten beziffert werden". Ich komme zum Antrag. Fr. 12'000.-- für eine Grobabklärung. Was beinhaltet diese Grobabklärung konkret? Was bekommen wir für Fr. 12'000.--?

Es wird auch nach Abzug von Bundes- und Kantonsbeiträgen ein mindestens sechsstelliger Betrag anfallen. Warum wollen wir jetzt Fr. 12'000.-- bewilligen, wenn wir uns das vorgeschlagene Endprojekt gar nicht leisten können? Das scheint sehr unlogisch. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben wir ein Budget mit einem Steuerfuss von 108 % bewilligt. Aber warum haben wir zugestimmt? Fürs notwendigste. Und nicht für Fr. 12'000.-- für 100 oder 300 Meter Renaturierung. Ich habe einen konstruktiven Vorschlag. Lehnen wir das nun ab, muss diese Renaturierung nicht auf Eis gelegt werden. Machen doch alle die dafür sind eine IG Renaturierung Suhre. Klärt ab, nicht nur in den Steuertopf greifen, beim Kanton Abteilung Landschaft und Gewässer und bei der Gemeinde Abteilung Bau Planung Umwelt, geht überhaupt etwas. Dann geht's ans Sponsorensuchen. Oder jeder Zustimmung nimmt Fr. 500.-- aus dem eigenen Sack. Mitfinanzieren, eine Eigenleistung bringen und nicht nur von den Steuergeldern nehmen. Wer von uns die Fr. 12'000.-- bewilligt, möchte morgen in der AZ lesen, a) wer Fr. 12'000 ausgeben will und b) ergeben die Recherchen der AZ vielleicht genauer was dieses Grobprojekt beinhaltet. Danach können die Steuerzahler sagen, gut gemacht, da wir ja so viel Mehrwert erhalten. Glaube ich aber nicht, deshalb sage ich, lehnen wir die Fr. 12'000.-- ab.

Herr Thomas Meier: Vor einem Jahr habe ich in der AZ gelesen: "Es stellt sich die Frage: Warum schafft es die Gemeinde nicht, bessere Steuerzahler anzuziehen. Buchs steht in der Standortgunst mit allen umliegenden Gemeinden, sagt der für Finanzen zuständige Gemeinderat Tony Süess. Da seien es oft nur kleine Details die den Ausschlag gäben. Leider können wir keinen Seeanstoss oder eine hübsche Südhanglage in die Waagschale werfen. Wir können unsere Attraktivität nur steigern, indem wir versuchen für verschiedenste Bevölkerungsgruppen noch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Etwa durch attraktive Einkaufsmöglichkeiten, Naherholungsräume, familienergänzende Kinderbetreuung, vielfältiges Schulangebot, schöne Wohnquartiere, Anbindung an den ÖV. Dies alles habe aber einen Preis, betont Süess." Das war am 6. April 2016. Heute Abend geht es nun um die Aufwertung des wichtigsten Naherholungsraums in unserer Gemeinde. Und damit auch um die Stärkung der Standortqualität von Buchs. Und ja, die hat ihren Preis. Aber auch ein bürgerlicher Gemeinderat ist der Ansicht, dass sich dies langfristig auszahlen kann, wenn dann vielleicht bessere Steuerzahler kommen. Ausserdem ist es nicht einfach ein linkes, grünes, ideologisches Anliegen, dass die Suhre aufgewertet wird. Sie ist im REK abgestützt. Und dieses ist immerhin die Basis für die räumliche Entwicklung unserer Gemeinde. Dort steht "Grün und Freiräume werden gestärkt zu Gunsten des gesamten Lebensraums der Gemeinde. Die Suhre und der Suhreraum sind Potentiale, deren Wert mit der zunehmenden Nutzungsintensität in der gesamten Agglomeration Aarau steigt." Über diese zunehmende Nutzungsintensität werden wir auch in der BNO noch diskutieren. Ich frage mich nun, wenn wir nicht mal bereit sind die Umsetzung des REK zu prüfen, hätten wir uns dieses auch schenken können. Ich sage heute Abend ja zu einem attraktiven Buchs und ja zur Aufwertung der Suhre.

Herr Samuel Hasler: Ich möchte gerne auf dein Zitat aus der AZ eingehen Thomas. Buchs schafft es nicht bessere Steuerzahler nach Buchs zu bringen, da Buchs unattraktiv ist. Du sagst dass durch die Renaturierung wieder bessere Steuerzahler nach Buchs ziehen. Ich bin vor gut 2 Jahren nach Buchs gezogen. Für mich war die Suhre - ob nun renaturiert oder nicht - absolut kein Grund. Und ich würde nicht meinen, dass ich ein schlechter Steuerzahler bin.

Herr Reto Bianchi: Als Familienvater von 4 Kindern weiss ich nicht, wie viele Kilometer ich rauf und runter entlang der Suhre gelaufen bin. Wie viel es mir bedeutet so nahe zu Fuss in die Naherholungszone zu gehen und diese zu geniessen. Irgendwann kommen die Leute vielleicht deswegen zu uns und geniessen es an der Suhre. Ich mache es schon, deshalb sage ich ja.

Herr Tobias Studiger: Das Postulat entstand in der UHK in der Zeit, als die Eniwa das Projekt Kleinwasserkraftwerk abgebrochen hat. Unser zentrales Anliegen war, dass die guten Ideen, welche dort aufgekomen sind, wie die Fischdurchgängigkeit und die gezielten Renaturierungen an diversen Orten,

nicht einfach liegen bleiben sondern wieder aufgenommen werden. Der Zugang zur Suhre war ein Add-on welches wir reinzubringen versucht haben. Nun wissen wir, dass der Kanton dran ist und innert nützlicher Frist etwas passieren wird. Dies ist der eine Aspekt. Und dann haben wir beim Zugang eine riesen Bandbreite. Ich muss zugeben, hier ist es mir zu wenig Inhalt zu viel Konjunktiv. Es machte mir schon in der FGPK am meisten Mühe, dass ich nicht weiss, was ich für Fr. 12'000.-- erhalte. Mein Hauptanliegen der Renaturierung ist eigentlich mit dem Projekt des Kantons erledigt. Deshalb empfehle ich hier ein Nein.

Herr Fabio Toma: Reto, von dir zu Hause bis zum Erholungsgebiet sind es rund 700 Meter. Wenn du noch 500 Meter weiter läufst, bist du bei der Aare und dort kannst du dich wunderbar erholen. Dort reicht der Platz. Hier unten findest du keinen, der sich hinlegt und erholt. Ab Tennisplatz Buchs hat es genügend Platz für Erholung.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Wir sind wieder an einem Punkt, Zukunftsideen abzuklären. Jetzt könnten wir uns überlegen, was könnten wir noch zusätzlich rausholen mit Bundes- und Kantonsgelder, wenn der Kanton schon Wuhren wegnimmt und die Längsvernetzung nutzt. Aber wir brauchen zuerst die Grundlagen. Diese haben wir noch nicht. Und ich gehe schwer davon aus, dass wir diese mit den Fr. 12'000.-- erhalten und wir danach wissen, ob es sich lohnt noch mehr Geld zu investieren. Ob die Flächen ökologisch so wertvoll sind um Geld zu investieren. Bevor das nicht klar ist, werden sich aber weder Bund noch Kanton daran beteiligen. Aber wir können dann aufspringen, wenn es sich lohnt und eine Aufwertung hingebraucht werden kann im Gesamtprojekt Längsvernetzung Suhre. Ich bin für ein Ja um die Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

Herr Martin Gysi: Ein Nein zu diesem Antrag ist kein Nein zur Aufwertung des Suhreraums. Das sind zwei Paar Schuhe. Was sich hier als nicht realisierbar erweist, ist eine Renaturierung im Sinne von Raum der Natur zurückgeben aber ein Raum der für die Menschen, die Buchser, unsere Einwohner wertvoll ist und genutzt werden kann, darf durchaus entstehen. Aber ich glaube darüber diskutieren wir heute nicht. Ich erwarte jedoch vom Gemeinderat, von der Abteilung Bau Planung Umwelt, dass sie den Input gemäss REK und welchen wir nun auch in der BNO aufgenommen haben, auch aktiv verfolgen werden.

Herr Reto Fischer: Ich habe ein Déjà-vu. Hatten wir diese Diskussion nicht schon beim Zukunftsraum? Wir sollten etwas investieren um Fortschritte machen zu können. Und alle fanden, nein machen wir nicht. Aber zwischenzeitlich hört man aus diversen Gruppierungen und Parteien, hätten wir nicht vielleicht doch sollen, dann könnten wir nun doch mitreden. Ich war am Anfang auch nicht begeistert, dort noch etwas "Grünzeug" zu schaffen aber im Verlaufe des Gesprächs habe ich festgestellt, dass es eventuell ein Kickoff ist und man immerhin nicht gerade nein sagt. Ich war hin und her gerissen. Aber wenn wir nun wieder nein sagen, kann man dann wieder kommen und sagen, hätten wir doch. Wir diskutieren nun seit einer halben Stunde über Fr. 12'000.--. Am 17. Oktober ging es um Fr. 93'000.--, damals war die "Veloständerdiskussion" keine 5-Minuten-Diskussion wert. Hier frage ich mich wirklich über die Verhältnismässigkeit. Lasst uns abstimmen, dann kommen wir voran. Ich glaube auch nicht, dass alles Bachab geht bei einem nein, aber wenn wir ja sagen, setzten wir ein Zeichen - auch nach aussen.

Herr Thomas Meier: Martin, das Postulat welches du mitunterzeichnet hast lautet im Antrag 1: "Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für eine rasche Aufwertung der Suhre ein." Es geht also nicht nur um die Renaturierung sondern um eine Aufwertung generell, welche nicht näher spezifiziert wurde. Und ich glaube sehr wohl, dass wenn du heute nein stimmst, dass sehr lange nichts mehr gehen wird. Und an die Adresse von Samuel möchte ich sagen, schön, dass du als guter Steuerzahler zu uns gekommen bist und daher finde ich es noch schöner, dass du nicht weggezogen bist, als wir mit dem Steuerfuss hoch sind. Zeigt vielleicht auch wie wichtig die Steuern dann tatsächlich sind und wie viele mit einem Wegzug drohen und nach einem Jahr mit erhöhten Steuerfuss dann noch ja dazu sagen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Im Moment läuft auf Seiten Kanton das Renaturierungsprojekt der Längsvernetzung und dieses wird umgesetzt. Die Verwaltung ist involviert. Das passiert auch bei einem nein zu diesem Postulat.

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Die Gespräche, welche hier stattfinden, sind interessant. Es ist ein Spiegelbild von dem, was uns in der Erarbeitung des Geschäfts passiert ist. Daher sind wir auch zu spät. Wir von der Verwaltung haben mit Freuden zu Kenntnis genommen, dass von der kantonalen Abteilung diese Längsvernetzung in Angriff genommen wurde. Wir kennen das Projekt noch nicht. Ich habe aber eingebracht, dass wir in dieses Projekt unbedingt Einsicht wollen und der Gemeinderat die Möglichkeit zur Stellungnahme bekommt. Im Rahmen der Nutzungsplanungsrevision kamen auch viele Themen. Wir haben ein Freiraumkonzept entworfen, wir haben das REK als Grundlage, wir haben auch einen kommunalen Gesamtplan Verkehr. Wenn man alle diese Dokumente zusammen nimmt, sieht man, dass der Suhre Raum sehr vielen Ansprüchen gerecht werden kann. Ich von der Verwaltung werde mich künftig dafür engagieren, dass wir nachhaltige Sachen umsetzen werden. Und ich bin der Überzeugung, dass auch der Gemeinderat mit den vorliegenden Instrumenten sich für Buchs einsetzt.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Ich möchte aus meiner Sicht als Mitarbeiter, nicht im Projekt involviert, sagen, was diese Längsvernetzung genau beinhaltet. Die Längsvernetzung, welche der Kanton plant, ist ein technisches Bauwerk. Die Wuhren werden abgebrochen und kleine Treppen mit Becken gebaut, damit der Fisch die Treppen hoch kommt. Die Längsvernetzung hat mit Natur an sich wenig zu tun. Ausser dass der Fisch nachher von unten nach oben kommt.

Herr Beat Spiess: Ich habe in der FGPK für den Antrag gestimmt und ich werde auch heute Abend dafür stimmen. Ich habe das Gefühl, dass mit den vorhandenen 2 grünen Flecken noch nicht alles Mögliche eruiert ist. Ich glaube auf der Westseite ist noch einiges möglich. Auch nördlich des Schulhauses Suhrenmatte bis zur Bahn. Ich glaube nicht, dass es alles ist was ausgeschöpft werden kann. Es muss nicht nur alles nass werden sprich eine Erweiterung des Flusses sein. Man könnte auch höher gelegene Tümpel machen wie im Lochweiher und Lochwasser. Auch Trockenflächen machen Sinn. Das Problem mit der Suhre ist, dass es eigentlich ein Kanal ist und alles sehr eng verbaut ist. Es ist schön wenn links und rechts alles mit Bäumen zugewachsen ist. Aber das ist kein natürlicher Zustand. Die Dynamik fehlt. Ein Beispiel sehen wir im Bereich der Kläranlage wo etwas Raum gegeben wird, die Suhre die Möglichkeit hat, verschiedene Wege zu nehmen. Die Fischdurchgängigkeit von Aare bis Sempachersee ist ein Ziel aber es gibt noch Möglichkeiten der Ruderalflächen, welche ab und zu trocken gelegt werden. Oder steile Ufer als Steilufer auszulegen. Plätze wo sich Wasseramseln oder Seeuferschwalben einnisten. Hier gibt es viele Möglichkeiten. Ich finde es schade wenn wir diese Möglichkeiten nicht nutzen würden.

Herr Thomas Meier: Urs, vielleicht haben wir uns nicht richtig verstanden. Aber in der Botschaft steht, "die Renaturierung ist nicht Bestandteil davon". Und mit davon ist das Projekt des Kantons gemeint.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe das so gemeint. Ich habe vom kantonalen Projekt gesprochen. Ich staune aber schon etwas darüber, wenn Silvan sagt, dass es nichts mit Natur zu tun hat. Was ist denn ein Fisch? Das ist doch Natur oder nicht?

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Für eine fachliche Grobabklärung sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 12'000.-- zu bewilligen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit wird mit 20 : 18 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten für die Amtsdauer 2020/2021**Wahlvorschlag**

Herr Hansruedi Gurtner: Markus hat nun schon 2 Jahre Luft im Ratsbüro geschnuppert. Die FDP freut sich, dass er sich für dieses Amt zur Verfügung stellt. Er ist ausgebildeter Humanmediziner und hat mehrjährige Erfahrung in leitenden Positionen. Unter anderem ist er ein Top crack in der Radioonkologie. Er ist 1989 nach Buchs gezogen, ist Vater von 2 erwachsenen Kindern. 1998 kam er in die FDP und seit 2002 ist er schon im Einwohnerrat. Ich hoffe, dass ihr Markus Notter unterstützt.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	1	
gültige Stimmzettel	38	Absolutes Mehr 20

Stimmen haben erhalten:

Markus Notter 38

Gewählt ist mit 38 Stimmen Markus Notter.

Wahlannahmeerklärung

Herr Markus Notter bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Dem gewählten Präsidenten wird unter Beifall durch den Präsidenten eine Orchidee überreicht.

Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten für die Amtsdauer 2020/2021**Wahlvorschlag**

Herr Urs Knecht: Die CVP schlägt Christine Knüsel als Vize-Präsidentin für die nächsten 2 Jahre vor. Sie ist seit 1996 mit ihrer Familie in Buchs. Sie kennt Buchs und weiss was hier abgeht. Seit 2014 ist sie im Einwohnerrat und seit 2 Jahren in der FGPK. Somit kennt sie auch den Betrieb des Einwohnerrats aus verschiedenen Blickwinkeln. Daher empfehlen wir Christine als Vize-Präsidentin wärmstens.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	0	
gültige Stimmzettel	39	Absolutes Mehr 20

Stimmen haben erhalten:

Christine Knüsel	36
Vereinzelte	3

Gewählt ist mit 36 Stimmen Christine Knüsel.

Wahlannahmeerklärung

Frau Christine Knüsel bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Wahl von 2 Stimmzählerinnen/Stimmzählern für die Amtsdauer 2020/2021**Wahlvorschlag**

Herr Dieter Stüssi: Arbeiten ist nicht beliebt in diesem Rat. Ich sehe, dass die SVP eine lösungsorientierte Partei ist. Wir setzen uns ein, wir suchen Lösungen, im Vergleich zum ganzen Rest. Wir stellen Wolfgang Schibler, weil wir überzeugt sind, dass wir Verantwortung wahrnehmen.

Neben Wolfgang Schibler wird Irene Egli zur Wahl vorgeschlagen.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	0	
gültige Stimmzettel	39	
Anzahl der zu Wählenden	2	
Total der möglichen Stimmen	78	
Abzüglich vereinzelt leere und ungültige Linien	4	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	74	Absolutes Mehr 19

Stimmen haben erhalten:

Irene Egli	34
Wolfgang Schibler	25
Vereinzelte	15

Gewählt sind mit 34 Stimmen Irene Egli und mit 25 Stimmen Wolfgang Schibler.

Wahlannahmeerklärung

Irene Egli und Wolfgang Schibler erklären Annahme der Wahl.

Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurückgetretenen Reto Fischer**Wahlvorschlag**

Herr Reto Fischer: Reto und ich haben uns im Oktober unterhalten. Er ist schon gefühlte 100 Jahre Buchser, arbeitet in Aarau als Diakon. Er kennt den Einwohnerrat, bereitet sich sehr gut vor und setzt sich mit den Angelegenheiten auseinander. Ich schlage ihn deshalb zur Wahl vor.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	3	
gültige Stimmzettel	36	Absolutes Mehr 19

Stimmen haben erhalten:

Reto Bianchi	26
Vereinzelte	10

Gewählt ist mit 26 Stimmen Reto Bianchi.

Wahlannahmeerklärung

Reto Bianchi erklärt Annahme der Wahl.

Postulat von Thomas Meier, SP, betreffend Standortbestimmung in Bezug auf eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Thomas Meier reichte am 17. Oktober 2019 das Postulat betreffend Standortbestimmung in Bezug auf eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs ein.

Antrag

Der Gemeinderat analysiert die Voraussetzungen und das Verfahren einer möglichen Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs und er erstellt im Hinblick auf eine Auflösung eine umfassende Standortbestimmung insbesondere in Bezug auf den Umfang einer Vertragslösung, die Schulraumplanung, die Einführung der integrativen Schule und die Neuorganisation der schulergänzenden Tagesstrukturen.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist das Postulat überwiesen.

Postulat von Werner Schenker, Grüne, zu einer auf Fakten basierenden Aufgaben- und Finanzplanung (wurde als Motion eingereicht und nachträglich in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Werner Schenker reichte am 17. Oktober 2019 die Motion, welche er am 13. November 2019 in ein Postulat umwandelte, zu einer auf Fakten basierenden Aufgaben- und Finanzplanung ein und begründet diese wie folgt:

Ich muss etwas dazu sagen. Momentan sieht es so aus, als wollte ich grundsätzlich Kritik an der Investitionsplanung der Gemeinde anbringen. So ist es aber nicht. Mir geht es nur darum, dass wir zu unserer Schulraumplanung kommen. Dies ist eine Aufgabe der Kreisschulpflege. Es hat selbstverständlich Auswirkungen auf unsere Investitionen. Ich fordere Auskünfte, wie sich unser Schulraum entwickeln wird und welche Kosten auf unsere Gemeinde zukommen.

Der Investitionsplan weist aus, welche Investitionen eine Gemeinde in nächster Zeit tätigen will oder muss. Verschiedene Faktoren sind klar, wie z. B. ein Tanklöschfahrzeug, welches ersetzt werden müsste, es sind aber auch Dinge, welche erst geschätzt werden können. Bei diesen nur schätzbaren Dingen müssen wir schauen, dass wir möglichst viele Informationen bekommen, damit der Investitionsplan Hand und Fuss hat. Weitsichtige Politiker versuchen möglichst weit in die Zukunft zu blicken, sie sehen wie viel Geld in die Hände genommen werden muss, wie viele Schulden allenfalls gemacht werden müssen. Man kann frühzeitig diskutieren und kommunizieren, man kann allenfalls auch frühzeitig eine Steuerfusserhöhung ankündigen oder Entwarnung geben, wenn man auf gutem Weg ist. In unserer Gemeinde ist der grösste Posten der anstehenden Investitionen bei der Schule. Und zwar wegen der Schulraumplanung. Wir haben aktuell 37 Mio. Franken im Plan. Es könnte jedoch passieren, dass diese Summe ganz anders ausfällt. Ich möchte zur Höhe dieser möglichen Investition nichts sagen, weil diese Informationen von der Kreisschule unter höchster Geheimhaltung bleiben.

Ein kurzer Abriss, wie wir zu diesen Daten kommen oder eben nicht kommen. Die Schulraumplanung ist primär Aufgabe der Kreisschulpflege. Sie haben damit begonnen, als die Schule angefangen hat. Wir als Politiker haben noch keinerlei Informationen bekommen, was sich die Schule da ausdenkt. In meinem Postulat habe ich unterschiedliche Brandstellen aufgeführt, wo wir noch Informationen brauchen. Wie sieht es mit dem Aeschbachquartier aus? Wie viele Menschen ziehen dort hin, jetzt wo wir mit den Hochhäusern rechnen dürfen? Wo gehen diese Kinder zur Schule? Wo sollen die Schulhäuser entstehen? Das sind solche Fragen. Es gibt ganz spannende Konzepte der Schule, dass mit dem Lehrplan 21 ganz andere Unterrichtsformen aufgegleist werden. Dies hat Konsequenzen beim Schulhausbau. Das haben wir beim Risiacher gesehen - uns wurde klar geschildert, dass mehr Schulraum gebraucht wird als bisher für ein konventionelles Schulhaus. Etwas ist klar, wir sind in der Kreisschule, wir helfen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Wenn der Schulraum auf unserem Gemeindegebiet erstellt wird, bezahlen wir - die Schule mietet sich ein. Heisst aber, dass wir Geld aufnehmen und uns verschulden.

Ich warte jedoch auf das Schulraumkonzept. Auch der Gemeinderat hat schon geäussert, dass er froh wäre, wenn die Infos kommen würden. Im Oktober 2018 hätte dieses Konzept hier in diesem Saal vorgestellt werden müssen. Herr Fondado, Präsident der Kreisschulpflege, sagte damals, dass wir spätestens im Januar 2019 wissen würden, in welche Richtung es geht. Das war vor bald einem Jahr. Ich als Angestellter der Kreisschule bekomme diese Infos nicht, wenn ich darum bitte. Es heisst allenfalls es ist Sache der Politik, setzten sie sich bitte als Politiker dafür ein. Wenn ich dann eine solche Anfrage mache, wird diese nicht einmal bestätigt von der Kreisschulpflege. Das kommt mir komisch vor. Ich

möchte keine Überraschungen erleben. Wir haben schon genügend Überraschungen erlebt im Zusammenhang mit Aarau. Ich möchte nicht, dass dies passiert und ich verlange, dass die Kreisschulpflege das Schulraumkonzept ausarbeitet und uns vorlegt. Wenn wir dieses haben, können wir darüber diskutieren was wir wollen und was nicht und mit der langfristigen Planung anfangen. Dann können wir uns für etwas Wichtiges einsetzen. Und Bildung ist grundsätzlich wichtig.

Ein grosser Investitionspunkt ist das angesprochene Oberstufenzentrum. Unser Gemeindeammann hat dies bereits in einem Interview mit der AZ erwähnt. Zum einen sicher ein Standortvorteil zum anderen aber eine grosse finanzielle Belastung für unsere Gemeinde. Weiss der Gemeinderat mehr? Ich bitte in meinem Postulat den Gemeinderat den politischen Druck auf die Schulpflege auszuüben, damit endlich dieses Schulraumkonzept erstellt und uns vorgelegt wird.

Antrag

Der Investitionsplan Aufgaben- und Finanzplanung entbehrt aufgrund des fehlenden Konzepts bei der Schulraumplanung der nachvollziehbaren und offiziellen Grundlage. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine auf Fakten basierende Aufgaben- und Investitionsplanung vorzulegen damit eine langfristige Finanz- und Schuldenplanung möglich wird. Dazu hat er seinen politischen Einfluss geltend zu machen und das längst versprochene Schulraumkonzept der KSAB einzufordern. Das Konzept ist unverzüglich dem Einwohnerrat vorzulegen.

Diskussion

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Der Gemeinderat lehnt dieses Postulat ab. Wenn ich nun das Votum von Werner gehört habe, geht es vor allem um die Kreisschulpflege. Für die Kreisschulpflege kann und will ich hier jedoch nicht Stellung nehmen. Wie dort mit Angestellten, welche Fragen haben, umgegangen wird, kann ich nicht beeinflussen. Ich kann höchstens kurz die Situation schildern.

Weitsichtige Politiker schiessen nicht gleich hinein. Gerade wenn es um so hohe Investitionen geht, ist es wichtig, dass man sehr viele Abklärungen im Vorfeld tätigt. Was ich weiss ist, dass die Schülerzahlen - soweit diese zum heutigen Zeitpunkt berechnet werden können - bis 2029 vorliegen. Diese Zahlen hat man, aber sie beruhen auf Berechnungen und Spekulationen. Ich gebe dir Recht Werner, je nach Situation ist die Investitionssumme massiv sinkend oder eben nicht. Auf diese Frage suchen wir aktuell Antworten. Das Vorgehen ist wie folgt. Aufgrund der Schülerzahlen, welche uns die Schule vorlegt, hat man eine Schulraumplanung gemacht. Es wurden 40 oder 50 Objekte und Möglichkeiten ausgelotet, Plus und Minus Punkte gemacht und aufgrund dessen eine Priorisierung vorgenommen. Im Moment ist man daran - vor allem bei der Oberstufe - Lösungen zu suchen. Wenn es darum geht Land zu diskutieren, mögliche Baustellen, wo was gebaut werden könnte, können wir das nicht an die grosse Glocke hängen. Es macht absolut Sinn, hier auch nicht zu kommunizieren, da es um Bauvorhaben, Land, Absprachen, Gespräche, Vorsondierungen und Abklärungen geht. Die Stadt Aarau ist hier intensiv dran. Zuerst muss geklärt werden, was mit dem OSA passiert. Danach können alle anderen Fragen, welche die Oberstufe betreffen, auch beantwortet respektive die nächsten Schritte eingeleitet werden.

Beim Begriff Oberstufenzentrum von Urs Affolter ging es darum, dass für die Oberstufe Schulraum geschaffen werden muss. Dies ist aufgrund der vorliegenden Zahlen bekannt. Oberstufenzentrum ist eigentlich der falsche Begriff, wir brauchen Schulraum, es heisst nicht, dass es ein Zentrum der gesamten Oberstufe geben wird. Es ist eine Idee, welche existiert. Aber dazu braucht es auch Land, es muss ein Objekt sein, wo das gebaut werden kann. In der Breite der Abklärungen muss das berücksichtigt werden,

aber aktuell ist es einfach eine von vielen Varianten. Was wir in der ganzen Aufgaben- und Finanzplanung berücksichtigt haben, ist der worst case. Zum Beispiel dass wir das Oberstufenschulhaus Suhrenmatte erweitern müssen, ebenfalls eines von vielen möglichen Szenarien. Es macht ja auch keinen Sinn, wenn wir gar nichts einstellen und ins Blaue hinaus planen. Die Steuererhöhung welche wir nun haben, geht darum, dass wir das Risiacher planen können. Eine gestaffelte Planung würde auch heissen, dass man allenfalls - wenn es so drastisch käme - den Steuerfuss beibehalten könnte und die anderen Sachen trotzdem finanziert werden könnten. Das sind die Idee und die langfristige Planung. Auf 10 Jahre hinaus zu planen ist leichter Wahnsinn, weil so viele Unsicherheitsfaktoren integriert sind. Konkrete Zahlen sind auch noch vom Zukunftsraum abhängig. Wir hoffen, dass wir Ende nächsten Jahres wissen, wer dabei ist. Je nach dem wird sich unsere Situation drastisch verändern oder eben nicht verändern. Da wir demokratisch sind, kann es auch noch Volksabstimmungen in diesen Gemeinden geben, was wiederum eine Verzögerung von einem halben Jahr für unsere Planung bedeutet. Wenn wir nun dem Postulat folgen, würde das heissen, dass wir unverzüglich etwas vorlegen müssten. Das ist schlichtweg nicht möglich mit der Ausgangslage. Ich könnte nur mit dem Daumen im Wind schätzen. Das wäre weder genauer noch besser in der Aussage, vor allem nicht wenn es um den Steuerfuss geht. Lügen wollen wir auch nicht. Wir möchten konkrete Zahlen haben, aber das können wir erst, wenn die Fakten geklärt sind. Dies braucht Zeit. Und momentan nicht die grosse Öffentlichkeit. Wir kommen, sobald wir konkrete Zahlen haben und sagen können wie wir planen und weiterfahren wollen. Wir sprechen hier von einem Planungszeitraum von 10 bis 12 Jahren. Dass etwas passieren muss, ist klar, die Grössenordnung ist je länger je unklarer. Der Aufgaben- und Finanzplan für die nächsten 4 Jahre ist jedoch relativ genau. Und jeder der Finanzen plant weiss, dass es ab 5 Jahren ungenau und unpräzise wird. Deshalb möchte der Gemeinderat dieses Postulat nicht entgegen nehmen.

Herr Werner Schenker: Vielen Dank für diese Auskünfte. Ich habe noch 2 Fragen. Wann wird dieses Konzept vorgelegt? Ist die Idee des Oberstufenzentrums abgesagt?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich habe mich klar ausgedrückt und beide Fragen beantwortet.

Herr Werner Schenker: Ich bitte dich, sie für mich nochmals zu formulieren.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte keine Spiele spielen. Du kannst es gerne im Protokoll nachlesen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 25 : 5 Stimmen (9 Enthaltung) abgelehnt.

Postulat von Werner Schenker, Grüne, betreffend Bäume für Buchs im öffentlichen Raum (wurde als Motion eingereicht und nachträglich in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Werner Schenker reichte am 17. Oktober 2019 die Motion, welche er am 13. November 2019 in ein Postulat umwandelte, betreffend Bäume für Buchs im öffentlichen Raum ein.

Antrag

Es sei jedes Jahr mindestens ein Baum im öffentlichen Raum zu pflanzen, der sich zu einem markanten und ökologisch wertvollen Einzelbaum oder Alleebaum entwickeln wird. Der Schutz und die Pflege seien zu gewährleisten. Bei der Auswahl ist auf einheimische und standortgerechte Bäume zu achten. Dabei ist den sich ändernden Umwelteinflüssen Rechnung zu tragen. Die Kosten seien zu budgetieren.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Wir von der CVP unterstützen das Postulat von Werner Schenker einstimmig. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch folgendes ergänzen: In der AZ vom 30. Juli 2019 erschien ein Beitrag unter dem Titel: "An Hitzetagen merken wir, wie wichtig Bäume sind" und am 31. August war ein weiterer Artikel zum Thema zu lesen, betitelt mit "Oasen in der Betonwüste: wie das Stadtklima mit Bäumen verbessert werden soll". Anlass für diese Beiträge war das Projekt "Aktion Klimaoase", welches das Naturama im Frühling zusammen mit dem Kanton gestartet hat. Die Stossrichtung des Projektes ist klar: mit Bäumen gegen den Klimawandel. In mindestens 25 Gemeinden sollen Bäume gepflanzt werden. Die Gemeinde muss für einen Baum nur Fr. 500.-- bezahlen, erhält aber im Gegenzug eine Beratung bei der Auswahl des Standortes und der Baumartenwahl, Unterstützung bei der Baumpflanzung und anderes mehr. Ich möchte hiermit anregen, dass sich auch unsere Gemeinde, gerade im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat, über das Projekt "Aktion Klimaoase" informiert und sich an diesem sehr sinnvollen Projekt beteiligt.

Herr Dieter Stüssi: Die SVP ist grossmehrheitlich gegen eine Reglementierung. Wir sind nicht gegen Bäume. Wir finden es daneben, dass man dies reglementiert. Wir wären aber einverstanden, die Buchserstrasse mit einer Allee zu säumen. Wir sind nicht gegen Bäume aber gegen ein Reglement. Wir haben schon genug Reglemente. Am Schluss haben wir eine Baum- und eine Samenkommision, ich glaube wir brauchen das nicht. Deshalb lehnen wir ab, aber wir sind nicht gegen Bäume. Eine Allee an der Buchserstrasse wäre eine Idee, es wäre schön und würde diesen Ort etwas beleben, dann noch 30 oder 25 und wir hätten eine wunderbare Strasse.

Herr Tobias Studiger: Ich finde diese Idee sympathisch. Als UHK-Präsident habe ich grossen Einblick in die Grünflächen dieser Gemeinde. Es fällt auf, dass in dieser Gemeinde viele und unterschiedliche Bäume und Gebüsche stehen. Die Durchmischung ist gross. Auf der anderen Seite stelle ich auch fest, dass sich viele Anwohner gegen die Bäume, den Dreck der Bäume, Blätter usw. wehren. Wir sind regelmässig am Schneiden, Fällen, neu pflanzen. Die Mittel sind beschränkt, und wir wissen, dass dies Kosten verursacht. Ich lehne das Postulat ab, weil ich viel mehr der Meinung bin, dass in Privatgärten mehr gemacht werden muss. Vor etwa 2 Monaten sind wir durch die Gemeinde gefahren und haben nach grossen Bäumen geschaut. Wir haben festgestellt, dass es durchaus auf öffentlichen Plätzen grosse Bäume hat, aber in Privatgärten praktisch nirgends mehr. Es hat viele tannenartige Bäume, wenig

Laubbäume. Aber genau diese Bäume tun etwas fürs Klima. Könnte man in Privatgärten mehr leisten bringt das vermutlich etwas, aber auf dem öffentlichen Grund stehen sie, man muss sie erhalten und pflegen.

Frau Barbara Fäh: An der letzten Sitzung habe ich in Bezug auf die Legislaturziele nachgefragt, was in der Natur läuft. Und ich habe aus meiner Sicht keine konkrete Antwort erhalten, was genau die Ziele sind. Dies zur Sache der Reglementierung. Ich habe danach noch mit Walter Wyler diskutiert und er ist der Meinung, dass dort wo es möglich ist, etwas gemacht wird. Wir möchten aber auch dort wissen, wohin das Steuergeld hin geht. Aus unserer Sicht passiert zu wenig, deshalb nun diese Motion. Wir wünschen uns auch eine Allee. Und wir sind auch der Meinung, dass in Privatgärten mehr gemacht werden müsste, aber das heisst auch, dass es Informationsveranstaltungen der Gemeinde geben müsste, was mit Investitionen verbunden ist. Von mir aus kann es nicht sein, dass es einfach der Natur- und Vogelschutzverein machen muss, da es dann nicht durch die Gemeinde, sondern durch den Verein passiert.

Herr Werner Schenker: Ich freue mich über eine rege Diskussion. Ich hätte gedacht, dass ein Baum drin liegt. Ich möchte noch nachschieben: Stimmt, aktuell haben wir noch grosse Bäume. Diese verdanken wir vermutlich unseren Grossvätern. Ich denke es ist aber auch an uns diese Bäume für unsere Enkel zu pflanzen. Bäume haben die Tendenz zu sterben. Sogar die in der BNO als schützenswert eingetragenen Bäume sehen nicht mehr gut aus und es wird ihnen nicht Sorge getragen. Zudem sind die Bäume die heute stehen Verlierer mit dem Klimawandel. Viele davon werden mit der grösseren Trockenheit und Hitze nicht zurechtkommen und eingehen. Und es geht auch deshalb darum, jetzt anzufangen die Bäume zu pflanzen, welche eine Zukunftschance in der veränderten Umwelt haben.

Herr Martin Gysi: Ich unterstütze dieses Postulat. Bäume sind etwas langfristiges, sie sind eine Investition in eine lebenswerte Umwelt. Etwas das die Gemeinde für einen schönen öffentlichen Raum machen kann. Sie spenden Schatten, es wird dort etwas kühler und es kostet nicht viel.

Frau Heidi Niedermann: Zum Schluss noch ein Zitat: Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen war vor 20 Jahren. Die nächstbeste Zeit ist jetzt.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird dem Gemeinderat mit 23 : 13 Stimmen (3 Enthaltung) überwiesen.

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend Minergie Zertifizierung Risiacher**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

In der AZ vom 16.11 teilte der Gemeinderat mit, dass der Neubau des Risiacher Schulhauses nun doch für das Minergie Label zertifiziert werden soll. Gemäss Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 11.12.2018, war eine Zertifizierung nicht vorgesehen. Aufgrund dieser Fakten stellen sich mir diverse Fragen:

1. Wieso wird der Neubau nun doch zertifiziert?
2. Welchen Mehrwert bietet eine Zertifizierung?
3. Mit welchen Initial- und/oder Folgekosten ist zu rechnen? Gemäss Abstimmungsbotschaft rechnet man nur mit Folgekosten im Bereich Baulicher Unterhalt, Personal, Zinsen und Abschreibungen. Ist dies weiterhin der Fall?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Am 3. April 2019 habt ihr dem Kredit von Fr. 20'000.-- für den Beitritt zum Trägerverein Energiestadt zugestimmt. Damit wir das ernsthaft verfolgen können, was wir natürlich machen, müssen wir diese Punkte berücksichtigen. Deshalb macht es Sinn, dass die Schule zertifiziert und nicht nur im Minergie-Standard ausgeführt wird. Zum Mehrwert der Zertifizierung: Im Planungs- und Bauprozess wird die Qualität erhöht, was dem Bau sicher nicht abträglich ist, sondern Vorteile bringt. So erreichen wir eine weitere Qualitätssteigerung. An den Folgekosten ändert sich nichts. Die Kosten für die Zertifizierung betragen einmalig Fr. 5'200.--. Der Gemeinderat hat auf Antrag der Verwaltung beschlossen, dass man das machen möchte.

Herr Samuel Hasler: Gibt es eine Re-Zertifizierung?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Nein. Es sind einmalige Kosten.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend materielle Hilfe**

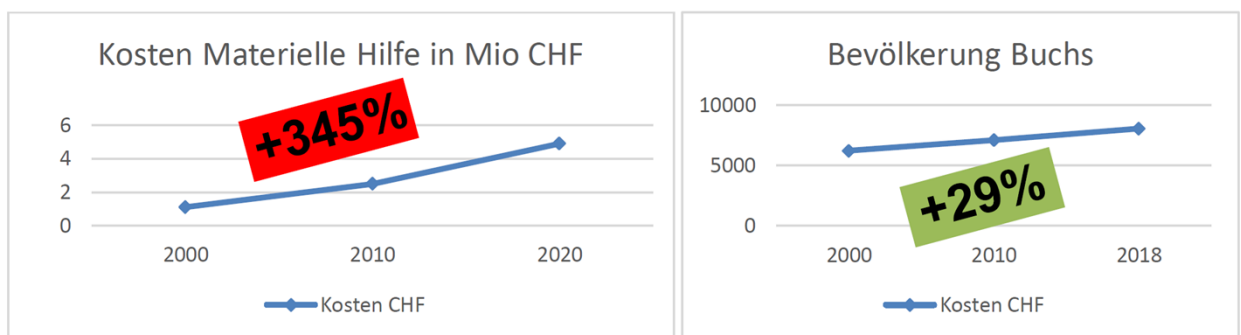
Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

Aktuell gehen 4.9 Mio. Franken (1/7 des Gesamtaufwandes) in die Materielle Hilfe (Sozialhilfe). Der Betrag ist in den letzten 20 Jahren sehr stark angestiegen:

2000: 1.1 Mio. CHF 5.1 % des Gesamtaufwandes

2010: 2.5 Mio. CHF 8.6 % des Gesamtaufwandes + 170 % zu 2000 (+1.4 Mio. CHF)

2020: 4.9 Mio. CHF 13 % des Gesamtaufwandes + 96 % zu 2010 (+2.4 Mio. CHF)



Die Kosten sind seit 2000 um 345 % (3.8 Mio. CHF) angestiegen, wobei die Bevölkerungsanzahl nur um 29 % anstieg. In Bezug auf das Budget wuchs der Anteil der Materiellen Hilfe ebenfalls um 154.9 %. Auch die Anzahl der Bezüger wuchs in den letzten Jahren. So waren es 2009 129 Personen, die Materielle Hilfe bezogen, 2017 waren es 315 Personen. Ein Zuwachs von 144 %.

Buchs ist aktuell mit einer Sozialhilfequote von 4 % (Stand 2017) über dem Bezirks Durchschnitt von 3.2 % und deutlich über dem kantonalen Schnitt (2.3 %).

Aufgrund dieser Tatsachen stellen sich mir diverse Fragen:

1. Ist dem Gemeinderat diese Entwicklung bekannt?
2. Hat der Gemeinderat in der Vergangenheit Massnahmen ergriffen, dieser Tendenz entgegenzuwirken?
3. Hat der Gemeinderat eine Strategie, wie er die Steigenden Kosten und Anzahl Bezüger der Materiellen Hilfe senken könnte? Falls ja, wie lautet diese?
4. Sollte der Gemeinderat keine Strategie haben, ist er bereit eine solche auszuarbeiten?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Diese Anfrage wird aufgrund der knappen personellen Ressourcen der Sozialen Dienste an einer späteren Sitzung beantwortet.

Herr Samuel Hasler: Können wir an der nächsten Einwohnerratssitzung mit einer Antwort rechnen.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Ich denke bis im April haben wir diese Antwort.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli, SP, betreffend Chlorothalonil im Buchser Grund- und Trinkwasser**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Anfrage ein:

In den Medien häufen sich die Berichte über hohe Chlorothalonil-Werte im Trinkwasser. Chlorothalonil ist ein Stoff, welcher im Verdacht steht, krebserregend und allergisierend zu wirken. Der Kanton Aargau gibt die Daten der Messwerte momentan nicht heraus und verweist auf die Gemeinden. Aus Sicht der Information der Buchser Bevölkerung erachte ich es als wichtig, die Messwerte von Chlorothalonil in unserem Grund- und Trinkwasser zu erhalten. Gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip müssen die Daten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Meine Frage lautet:

Wie ist der aktuelle Chlorothalonil-Wert in Buchs und wie hat er sich in den letzten Jahren verändert?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Wir haben heute Abend viel mit Umweltproblemen zu tun. Dies ist auch eines davon, auf eine andere Art. Chlorothalonil ist eine der vielen Verbindungen, welche in der Umwelt sind. Man hat dieses nun im europäischen Raum als Karzinogen eingestuft und somit angefangen dieses im kantonalen Labor zu untersuchen. Unser Pumpwerk, von welchem wir das Trinkwasser schöpfen, ist im nationalen Untersuchungsprogramm. 2 Mal pro Jahr erhalten wir umfangreiche Analysen über die Untersuchungen. Man hat erst dieses Jahr begonnen das Chlorothalonil zu untersuchen. Wir haben also erst einen Wert. Insofern kann ich Entwarnung geben. Wir sind mit 0.053 mg/l unterhalb des Höchstwerts von 0.1 mg/l. Unter www.wasserqualität.ch, eine Seite des SVGW, können die Gemeinden ihre Wasserqualität ausweisen, dort könnt ihr alle Zahlen nachschauen.

Traktandum 16

Verschiedenes

Herr Thomas Meier: Gemäss meinen Informationen ist gestern die öffentliche Auflagefrist fürs Schulhaus Risiacher abgelaufen. Ich weiss, dass noch keine definitiven Angaben gemacht werden können, aber kann man sagen, ob Einwendungen eingetroffen sind?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Bis jetzt sind keine Einwendungen eingegangen.

Informationen von Herrn Präsident Silvan Kaufmann:

Sitzungsdaten 2020

Der neue Sitzungsplan wurde verteilt. Die Dezember-Sitzung musste verschoben werden. Bitte beachtet dies.

Verabschiedungen

CVP	Urs Knecht	Mitglied vom 01.08.2007 bis 31.12.2019 Mitglied FGPK 01.01.2010 bis 31.12.2017 Vize-Präsident FGPK 01.01.2017 bis 31.12.2017	12 ½ Jahre 8 Jahre 1 Jahr
FDP	Doris Kleiber	Mitglied vom 01.01.2014 bis 31.12.2019 Stimmzählerin vom 01.01.2018 bis 31.12.2019	6 Jahre 2 Jahre

Urs Knecht und Doris Kleiber wird ein kleines Geschenk übergeben und der Dank ausgesprochen.

Herr Markus Notter: Ich möchte an dieser Stelle Silvan für die umsichtige Leitung des Rats danken. Er hat am Anfang gesagt, dass er Dirigent eines Orchesters ist und versuchen werde, dieses in Harmonie zu steuern. Ich glaube das ist ihm gut gelungen auch wenn es schwierig war, da einige Musiker ausgewechselt oder gegangen sind, er hat doch versucht Einklang hin zu bringen. Ich hoffe für die nächste Zeit, dass wir in dieser Anzahl weiterfahren können und nicht ständig ausgewechselt werden muss. Ich möchte ihm hier nochmals offiziell ganz herzlich danken.

Markus Notter überreicht Silvan unter Beifall ein Biergeschenk mit Gutscheinen Zentrum Aarau.

Schlusswort des Präsidenten

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Da ich meine Rede nun nicht mehr finden kann, erzähle ich aus meinem Gedächtnis heraus, was mir geblieben ist. Vor 2 Jahren bin ich als Dirigent dieses Orchesters angetreten um für die Gemeinde Buchs eine harmonische Politik zu erhalten. Ich hoffe es ist mir gelungen. Es war eine sehr intensive Zeit. Über 30 Anfragen/Postulate/Motionen sind eingegangen. Im Vergleich zu den Vorjahren sind das sehr viele. Verschiedene Themen haben uns stark beschäftigt. Zum einen die Kreisschule Aarau-Buchs, welche ihren Betrieb letztes Jahr aufgenommen hat, wir haben über das Schulhaus abgestimmt, wir haben die Kreditvorlage vor dem Volk mit grosser Zustimmung durchgebracht. Aber nun wo alles am Laufen ist, sind schon wieder Stimmen vorhanden, welche das ganze Konstrukt in Frage stellen. Damit sind wir schon beim nächsten Thema, welches uns die letzten beiden Jahre beschäftigt hat, der Zukunftsraum. Es entstanden Motionen, Postulate und Anfragen zum Zukunftsraum und nach der Volksabstimmung sind wir nun klar nicht dabei. Aber wer weiss schon was mit dem Entscheid zur Schule passiert wäre, wenn wir dabei gewesen wären. Die IG Bärenplatz hat in den letzten beiden Jahren immer wieder versucht mit dem Bärenplatz etwas zu erreichen. Leider ist bis jetzt noch nichts entstanden, aber ich wünsche der IG Bärenplatz viel Kraft um weiter zu machen, damit wir irgendwann in der Zukunft ein blühendes Projekt auf dem Platz haben. Leider, wie Markus bereits erwähnt hat, sind in meiner Zeit als Präsident 12 Personen zurückgetreten. Das sind sehr viele. Es stellt sich die Frage, warum so viele Leute zurücktreten. Ist es der fehlende Dank? Sollte dies der Fall sein, möchte ich mich im Namen der Gemeinde und unseren Bürgern ganz herzlich bei euch bedanken. Ist es der fehlende Mitwirkungsraum, neben dem Abstimmen über Budget und Rechnung? Eigentlich stimmt das nicht, 30 Anfragen und Postulate in den letzten 2 Jahren - macht weiter so, dann können wir etwas für die Gemeinde Buchs erreichen. Oder ist es die heutige schnelllebige Zeit? Dann nehmt euch Zeit für euch selber, eure Familien, Freunde, damit ihr die Kraft habt, um bei uns im Einwohnerrat für die Gemeinde einzusetzen. Ich wünsche euch allen, dass ihr für die nächsten beiden Jahre die nötige Kraft und Energie habt unter Markus für die Gemeinde weiterzuarbeiten. Dies sind meine letzten Worte als Präsident. Vielen Dank für euren Einsatz und ich wünsche euch schöne Festtage.

Grosser Applaus

Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie dem Lernenden Eroll Kadrija sowie Nicole Keusch, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

Wie an der Schlussitzung üblich, offeriert Ihnen der Gemeinderat jetzt im Foyer einen Umtrunk mit Beilagen. Ich schliesse hiermit die heutige Sitzung.

5033 Buchs AG, 10. Dezember 2019

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Silvan Kaufmann

Nicole Keusch